



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/ZVI/194 - 29. August 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	<u>Paris - Bonn - Rom</u> Adenauers Isolierung Von Günter Markscheffel	58
2 - 3	<u>West-Ost-Reaktionen auf die Belgrader Konferenz</u> Moskau ist schweigsam - Washington: "Nützlich und interessant" Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	59
3	<u>Schlechter Rat aus Lissabon</u> Wirkungen der Abendland-Propaganda	35
4 - 5	<u>Vierhundert Stunden suchen einen Käufer</u> Von Jürgen F. Werner, Rundfunkreferent beim Parteivorstand der SPD	32
6	<u>Aus dem Zeitgeschehen...</u> <u>Fest der Schaffenden abgesagt</u> Bielefeld gibt ein Beispiel	31

\* \* \*

Paris - Bonn - Rom

Adenauers Isolierung

Von Günter Markscheffel

Aus Paris und Rom, zwei westlichen Hauptstädten, zu denen die Bundesregierung über besonders gute Beziehungen verfügt, kommen in den letzten 48 Stunden widersprechende und zum Teil merkwürdige Nachrichten. In Italien, das eine christlich-demokratische Regierung hat, verbringt der Herr Bundeskanzler seit Jahren seine Ferien. Zu Frankreichs Staatschef de Gaulle verfügt der zur Zeit noch amtierende Bundeskanzler über ausgezeichnete Beziehungen.

In Rom, Paris und Bonn wurde nach dem zweiten Weltkrieg die Skizze des abendländischen Europa entworfen und nicht selten hörte man in diesen Städten, was jenseits der Elbe geschehe, sei eigentlich un bequem. Natürlich hat das weder in Bonn noch in Rom und Paris irgendjemanden daran gehindert, immer von der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden zu reden, und nicht zuletzt ist ja gerade in diesen Städten die Idee entstanden, das Europa der Sechs werde eines Tages so leuchtend, stark und überzeugend sein, dass ganz Europa dereinst huldigend die Überlegenheit des abendländischen Denkens anerkennen werde.

Nachdem jedoch Herr Fanfani aus Moskau zurückgekehrt ist, Herr de Gaulle der Schwierigkeiten in Nordafrika nicht Herr wird, müssen sich die Herren in Bonn ständig bemühen, auch in Rom und Paris ein Zipfelchen des Interesses für Berlin und Deutschland zu finden.

In Paris - so lautet die Kunde - ist man höchst erstaunt über die Behauptung des Herrn Ausserministers von Brentano, der Wester werde wohl bald Vorschläge zu Ost-West-Verhandlungen machen. Man könne allenfalls über westliche Beratungen reden, sei jedoch im Augenblick nicht bereit, das Verhandlungstempo zu beschleunigen.

Wir sind nun gespannt, wie Herr von Brentano weiter mit Paris agieren wird, denn er weiss wohl besser als jeder andere in Bonn,

dass die Bundesrepublik in die Mühlsteine zwischen Washington und Paris gerät, wenn er zu drängend wird. Staatspräsident de Gaulle macht alle gemeinsamen Aktionen des Westens gegenüber der Sowjetunion von der Haltung der USA zur französischen Nordafrika-Politik abhängig. So lange Washington dem französischen Staatspräsidenten nicht einen Blanko-Scheck für Algerien und Tunis gibt, stellt sich der grosse Mann an der Seine taub. Andererseits kann Washington den Wunsch des französischen Staatspräsidenten nicht erfüllen, wenn es seinerseits nicht die amerikanische Position in Afrika gefährden will.

Die in Rom zutage getretenen Zweideutigkeiten haben innen- und aussenpolitische Ursachen. Fanfani weiss, dass seine christlich-demokratische Regierung auf die Dauer dem innenpolitischen Druck der Kommunisten und Nenni-Sozialisten in Richtung auf eine Regierungsumbildung nicht standhalten kann. Schon jetzt sagen Kenner der italienischen Politik, bei Neuwahlen wäre ein Linksruck unausbleiblich.

Moskau dagegen ist bereit, Italiens Kommunisten zu bremsen, falls Fanfani in den Fragen der Europapolitik etwas "schmiegsamer" wird.

In Bonn ist man aus allen diesen Gründen verzweifelt bemüht, möglichst wenig von den Hintergründen der Spannungen zwischen Rom, Paris und Bonn durchsickern zu lassen. Angesichts der Situation in Berlin und einer mit Recht befürchteten neuen Offensive Moskaus mit dem Ziele der Isolierung der Bundesrepublik wagen weder Adenauer noch von Brentano, ihre klassische Politik des Europa der Sechs - ohne Rücksicht auf London, Washington und Moskau - wieder hochzuspielen.

Adenauer und seine Mannen müssen Wahlkampf führen. Diesmal in der Defensive, weil sie im Gegensatz zu 1953 und 1957 nicht behaupten können, ihre Politik führe zur Wiedervereinigung Deutschlands und garantiere die Sicherheit des g a n z e n deutschen Volkes. Umso dringender ist es, dass die Bundesregierung jetzt alle Karten ihres Spiels auf den Tisch legt.

## West-Ost-Reaktionen auf die Belgrader Konferenz

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Hat es in den Ländern, die am 1. September in Belgrad an der Konferenz der blockfreien Staaten teilnehmen werden weder an offiziellem Optimismus noch sich selbstbestätigender Pressepublizität gefehlt, sind die Konferenzreaktionen in den USA und der Sowjetunion, den Führungsmächten der beiden Blöcke, mehr als spärlich. Eine solche Zurückhaltung dürfte nicht zuletzt durch die Ungewissheit verursacht sein, die über den zu erwartenden Konferenzergebnissen schwebt. Denn wenn auch einige der Konferenzteilnehmer wiederholt betonen, es sei nicht Anliegen der Konferenz, einen der Blöcke anzugreifen, werden sowohl Ost als auch West hoffen und befürchten, in Belgrad eventuell doch einige Plus- bzw. Minuspunkte für ihre Politik zu buchen.

Moskau hat das Belgrader Ereignis bisher so gut wie totgeschwiegen. Wie die hiesige Presse sorgfältig registrierte, ist die bevorstehende Konferenz ganze viermal erwähnt worden: dreimal beiläufig in der Presse, wobei ausserdem noch der USA vorgeworfen wurde, sie versuchten die Konferenz in ein antikommunistisches Fahrwasser zu lenken, und einmal offiziell im sowjetisch-ghanesischen Kommuniqué. Darin wurde die Hoffnung geäussert, die Belgrader Konferenz werde zur Sicherung des Friedens, Lösung der Abrüstungsfrage und Liquidierung des Kolonialismus beitragen. In ähnlichem Sinne äusserte sich auch der chinesische Aussenminister, der jedoch stärker die anti-kolonialen und antiimperialistischen Erwartungen unterstrich. Was sich der Osten von den Blockfreien erhofft, wird auch aus diesen wenigen Stellungnahmen recht deutlich sichtbar.

Offizielle amerikanische Äusserungen waren dagegen stärker defensiv. Nachdem einmal die Hoffnung geäussert worden war, die Konferenz möchte sich in der Deutschland- und Berlinfrage für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes aussprechen, warnte sich Aussenminister Dean Rusk gegen den auch in Belgrad weitverbreiteten Vorwurf, die USA nähmen auf andere Staaten Einfluss, um sie von der Teilnahme an der Belgrader Konferenz fernzuhalten. Obwohl Rusk andererseits die Konferenz als "nützlich und interessant" bezeichnete, ohne die Nützlichkeiterwartungen näher zu umschreiben, gab er auch zu, die USA würden niemand ermuntern, nach Belgrad zu gehen.

Dieser Hinweis und die Gegenbehauptung des Ostens, Washington habe versucht, das eigentliche - lies vom Osten gewünschte - Konferenzanliegen zu verwässern, sind bezeichnend für die äusserlich unsichtbare, hinter den Kulissen jedoch von beiden Seiten intensiv gesuchte Einflussnahme auf die Belgrader Konferenz. In Belgrader Beobachterkreisen hat man in diesem Zusammenhang die von den Neutralen gegen den Widerstand der USA erzwungene ausserordentliche UNC-Generalversammlung und selbst das vorsichtige Washington-Londoner Wirken gegen die

Tunesienresolution der afro-asiatischen Staaten als Ereignisse gewertet, die wegen ihrer zeitlichen Nähe auf der Belgrader Konferenz von politischem Nachteil für den Westen sein könnten.

Dass andererseits der unlängst vom jugoslawischen Staatspräsidenten empfangene US-Unterstaatssekretär Chester Bowles - wie er selbst nachträglich vor der Presse in Washington herausstellte - Tito an die seit 1948 gewährte US-Wirtschaftshilfe erinnerte, dürfte nicht nur auf Sentimentalität beruhen, sondern um so mehr eine aktuelle politische Funktion gehabt haben, wenn man sich erinnert, dass die Jugoslawen solche Hinweise nicht allzu gern hören. Ob sie jedoch auf die Konferenz der Blocklosen gemünzt waren oder aber Belgrad zum wiederholten Überdenken seiner Haltung für den Fall des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Pankow veranlassen sollten, wird so bald nicht eindeutig zu beantworten sein.

+ + +

#### Schlechter Rat aus Lissabon

sp - Aus Lissabon, genau genommen von der konservativen Zeitung "Diario de Lisboa", dem Hauptsprachrohr des Diktators Salazar kommt der Rat, an die NATO-Mächte und den gesamten Westen gerichtet, Berlin abzuschreiben. Und die Begründung? Man höre: Berlin sei aus dem Sandboden Brandenburgs entstanden, es habe aus Preussen einen Eroberungsstaat gemacht und sei die Wiege des Junkertums und Deutschritterordens. "Seine (Berlins) Vaterstadt ist der Osten und durch Blut und Ursprung an das Slawentum gebunden". Eine historische Mission Berlins bestehe für den Westen nicht, behauptet das Blatt, deshalb müsse diese Mystifikation als "Symbol des Westens" beendet werden.

So die besagte Lissaboner Zeitung. Man könnte über diese offene Aufforderung zur Kapitulation der Westmächte in der Berlinfrage ruhig hinweggehen, würden nicht in diesem Artikel Motive und Gedankengänge anklingen, die nicht allein in diesem Teil der Iberischen Halbinsel beheimatet sind. Lissabon und Madrid gelten heute als das Mekka für eine bestimmte Sorte von "Abendländern". In beiden Hauptstädten entfaltet das "Europäische Dokumentationszentrum" eine äusserst rührige Aktivität. Es wird gern als Podium auch für meistens der CDU/CSU angehörenden Politiker bemüht; Dr. Jaeger, der Vizepräsident des Bundestages und Dr. von Merkatz, der Bundesvertriebenenminister gehören zu seinen ständigen Gästen. Sie bewundern Salazar und Franco und teilen deren Vorstellungen über ein geographisch engbegrenztes, von Kreuzzugseifer erfülltes Abendland, gilt doch für sie alles Gebiet, das östlich des ehemaligen Reichs Karls des Grossen liegt, als heidnisch oder zumindest als heidnisch verseucht. Übrigens fiel vor vielen Jahren, unmittelbar nach dem Zusammenbruch, der Ausspruch eines nicht ganz unbekanntes, heute noch lebenden Politikers, er fühle sich in Berlin wie in einer heidnischen Stadt. Was immer dieser Mann sich auch dabei gedacht haben mag, daraus sprach eine Abneigung, von der viele sagen, er hätte sie beibehalten. - Wir wollen nicht hoffen, die Lissaboner Zeitung habe Gedanken offen auf den Markt getragen, die bundesrepublikanische Freunde des portugiesischen Diktators Salazar nur insgeheim hegen. Wie wäre es, wenn auch diese öffentlich ihren Abscheu über einen Ratschlag bekunden würden, der einem Verrat an der Sache der Freiheit und dem Selbstbehauptungskampf unseres Volkes gleichkommt. Ein solches Wort wäre wohl angebracht.

+ + +

## Vierhundert Stunden suchen einen Käufer

Von Jürgen F. Warner,

Rundfunkreferent beim Parteivorstand der SPD

Im Laufe dieser Woche soll eine Kommission mit ihrer Arbeit beginnen, die die Länderchefs eingesetzt haben, um die Filmkonserven des aufgefliegenen "Freien Fernsehens" auf ihre Verwendbarkeit zu prüfen. Das wäre dann der vierte Versuch, für diese höchst umstrittene Produktion einen Abnehmer zu finden. Die Prüfungskommission, die im vergangenen Herbst von Adenauer's "Deutschland-Fernsehen" gebildet wurde, um die Vorratsproduktion des "Freien Fernsehens" zu beurteilen, war wahrhaftig nicht verdächtig, dem Adenauer-Freunden in Frankfurt und ihrer Arbeit kritisch gegenüber zu stehen. Trotzdem konnte diese Kommission sich nicht entschliessen, dem "Deutschland-Fernsehen" den geschlossenen Ankauf der Filme zu empfehlen. Das Karlsruher Fernsehurteil vom 28. Februar beendete dann diese Verhandlungen endgültig.

### Fehlgeschlagene Versuche

Nach dem Spruch des Verfassungsgerichtes versuchten das "Freie Fernsehen" und sein Liquidator Seeger mit dem Westdeutschen Rundfunk allein und der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten insgesamt ins Geschäft zu kommen. Ein Teil der in Frankfurt verpulverten Millionen sollte durch Verkauf der Filmkonserven an die Rundfunkanstalten wieder heringebracht werden, um den Leertitel, den sich Adenauer nachträglich im Bundeshaushalt sichern liess, wenigstens teilweise zu entlasten. Auch dieser Versuch schlug fehl. Sowohl der WDR, als auch die Arbeitsgemeinschaft, die die angebotenen Filme nochmals prüfen liess, brachen die Kaufverhandlungen kurzfristig ab.

Jetzt will sich der Liquidator Seeger die künftige Anstalt der Ministerpräsidenten für das Zweite Fernsehprogramm als Käufer für die Hinterlassenschaft des Frankfurter Freien Fernsehens sichern. Unter den rund vierhundert Stunden Filmprogramm, das die Frankfurter ankauften oder auf Vorrat selbst produzierten, befinden sich sicherlich auch Filme, die dem Vergleich mit den Programmleistungen der bestehenden Rundfunkanstalten aushalten. Trotz seiner einseitigen und laienhaften Personalpolitik wird das "Freie Fernsehen" nicht nur Programmausschuss angehäuft haben. Falls also die siebenköpfige Kommission der Ministerpräsidenten aus dem Riesenangebot die Rosinen herausucht und den Rest ablehnt, wäre alles in bester Ordnung. Hier aber droht sich die CDU-Parteipolitik in die sachlichen Überlegungen zu mischen. Seit Wochen drängen Zeitungen der CDU und dem "Freien Fernsehen" befreundete Nachrichtendienste auf übereilten und pauschalen Ankauf des ganzen Frankfurter Filmberges. Der Versuch, so noch vor der Bundestagswahl einen Teil des Leertitels im Bundeshaushalt abzutragen, ist auf Seiten der CDU parteitektisch verständlich. Die Ministerpräsidenten, auch die der CDU, aber sollten sich zu gut sein, um ihre Neugründung aus parteipolitischen Motiven mit Ausschuss-Filmen zu belasten, die entweder nie gezeigt werden können oder

später das Programm der neuen Anstalt beim Publikum in Verruf bringen müssen.

#### Veraltete Filmkonserven

Es gibt keinen sachlichen Grund, um alle Filme des "Freien Fernsehen" pauschal anzukaufen, gleichgültig wie gut oder schlecht sie sind. Es stimmt nicht, dass die neue Anstalt ohne die Frankfurter Konserven kein Programm liefern könnte. Längst hat sich im Ausland, vor allem in den USA, ein Markt für Fernsehfilme entwickelt, auf dem die deutschen Rundfunkintendanten schon ständig einkaufen. Er steht auch der neuen Anstalt der Ministerpräsidenten offen. In der Bundesrepublik selbst wurden in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche, zum Teil durchaus leistungsfähige, private Fernsehproduktionen gegründet, die nur darauf warten, mit der neuen Anstalt ins Geschäft zu kommen. Gegenüber diesem mannigfachen und grossen Angebot sind die Filmkonserven des "Freien Fernsehen", soweit sie ehemals aktuelle Themen behandeln, längst veraltet, selbst wenn diese Filme z.Zt. ihrer Aufnahme interessant gewesen sein mögen. Die Nutzungsrechte für etwa die Hälfte der Filme, die das "Freie Fernsehen" von fremden Herstellern bezog und die jetzt der Kommission der Länderchefs angeboten werden, laufen in naher Zukunft ab. Diese Rechte müssten also neu erworben, d.h. nochmals von der neuen Anstalt bezahlt werden. Damit nicht genug, ist das Frankfurter Filmangebot mit rund 5 Millionen DM Restschulden an die Hersteller belastet, eine Verpflichtung, die die Länderanstalt gleichfalls übernehmen soll.

#### Sammelkauf nicht zu verantworten

Das alles spricht nicht gegen den Ankauf einzelner guter Filme zu vernünftigen Bedingungen auf Rechnung der neuen Fernsehanstalt. Ein Sammelankauf aber wäre nicht zu verantworten! Sollte der Liquidator Seeger seine Bereitschaft, die technischen Einrichtungen des "Freien Fernsehen", Kameras, Ampexgeräte, Übertragungswagen usw., der neuen Anstalt zu überlassen, von der gleichzeitigen Übernahme des geschlossenen Filmpakets abhängig machen, so wäre es an der Zeit, die Verhandlungen abubrechen! Abgesehen davon, dass solche Koppelungsgeschäfte nicht gerade gebräuchlich sind, wird auch der Wert der Frankfurter Technik von Monat zu Monat problematischer. Als das "Freie Fernsehen", kurz nach seiner Gründung, diese Geräte bestellte, waren sie sicher hochmodern. Seither sind aber zwei Jahre vergangen, die bei der schnellen Entwicklung der Fernsehtechnik zählen. Bestellungen auf Neulieferungen an die Industrie, die jetzt erteilt werden, würden der neuen Anstalt in den kommenden Jahren eine perfektere Ausrüstung garantieren, als die technischen Bestände des "Freien Fernsehen" bieten können.

Alles in allem: Es besteht kein Grund für die Siebenerkommission der Ministerpräsidenten bei der Prüfung der Filme irgendeine Nachsicht zu üben - es sei denn, die Kommission wolle sich zum Helfershelfer des gescheiterten Fernsehgründers Dr. Adenauer machen.

Aus dem Zeitgeschehen...

Fest der Schaffenden abgesagt

Das "Fest der Schaffenden", das am morgigen Sonntag in der Bielefelder Radrennbahn stattfinden sollte, ist abgesagt worden. Angesichts der bedrohlichen Berlinkrise und des Schicksals der Ostberliner SPD, die sich auflösen musste, entschlossen sich die Veranstalter zu dieser Absage, obwohl weitgehende Verträge mit internationalen Artistengruppen abgeschlossen waren. In seiner Eigenschaft als Bezirksvorsitzender der SPD von Ostwestfalen erklärte dazu Landtagsabgeordneter Emil G r o s s, die Sozialdemokraten erfülle in diesen Tagen Schmerz und Trauer. "Unsere Freunde im Osten von Berlin durchleben jetzt noch einmal die Situation von 1933. Ihre Freiheit, ja das Leben dieser Tapferen ist nun bedroht!" Vor dem Hintergrund dieses Geschehens, das ein weiteres tragisches Kapitel sozialdemokratischer Parteigeschichte sei, so erklärte Emil G r o s s, könnten keine Feste begangen werden. - Zu der Veranstaltung in Bielefelds Radrennbahn wurden Zehntausende aus Ostwestfalen erwartet.

Es ist wahrlich keine Zeit zu Feiern, und besonders nicht für Sozialdemokraten! In Ostberlin lebten viele Sozialdemokraten, und ihre nun versiegelten Büros wurden oft aufgesucht von den Sozialdemokraten aus dem ganzen Zonenbereich. Sie waren weit davon entfernt, zu "sabotieren". Diese Sozialdemokraten kamen zusammen wie einst die Väter unter den Sozialistengesetz und wie später die Sozialdemokraten unter dem NS-Terror. Im Sommer 1945 betrug die Zahl der Sozialdemokraten in der Zone mehr als 600 000. Sie waren die "schweigende Armee". Die FP hat noch nach dem 13. August über Besuche in Ostberliner SPD-Büros berichtet.

Arno Behrisch hat sich als DFU-Spracher in der letzten Bundestagsitzung mit einem "Auch wir sind erschüttert" darüber hinweggelogen, dass nun zum drittenmal in der Geschichte der SPD geschwiegen und gelitten werden muss.

Wir aber sehen es grausam klar: Die Sozialdemokraten in Ostberlin und der Zone - sie können nicht einmal mehr fliehen, wie es immerhin zu Hitlers Zeit noch möglich war. Wahrlich, was jetzt geschah, ist sogar schlimmer noch als 1933!

Entnommen aus:  
"Freie Presse"

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel